



SPD-Fraktion  
im Kreistag des Landkreis Hildesheim



Bündnis90/Die Grünen  
im Kreistag des Landkreis Hildesheim



**Die PARTEI**

**Georgios Konstantopoulos**  
Parteilos

Hildesheim, den 19.01.2026

### **Pressemitteilung der Mehrheitsgruppe im Hildesheimer Kreistag**

#### **Sitzung willkürlich abgebrochen – Mehrheitsgruppe wirft Ausschussvorsitzender politische Blockade vor**

Die Mehrheitsgruppe im Kreistag des Landkreises Hildesheim verurteilt das Vorgehen der Ausschussvorsitzenden im Zusammenhang mit dem Abbruch einer ordnungsgemäß einberufenen Ausschusssitzung auf das Schärfste.

Entgegen der Darstellung der Vorsitzenden Renner-Köhne lag eine rechtzeitige und damit ordnungsgemäße Ladung zur Sitzung vor. In der Einladung wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Vorlagen nachgereicht werden. Dieses Vorgehen ist zulässig und entspricht der gelebten Praxis in der kommunalen Gremienarbeit. Rechtlich entscheidend ist, dass die Vorlagen spätestens am Sitzungstag vorliegen – dies kann ausdrücklich auch in Form von Tischvorlagen erfolgen.

Trotz dieser klaren Rechtslage erklärte die Vorsitzende nach einer kurzen Diskussion einseitig, die Sitzung sei nicht ordnungsgemäß einberufen worden und könne daher nicht stattfinden. Besonders schwer wiegt aus Sicht der Mehrheitsgruppe, dass ein von der Mehrheitsgruppe gestellter Geschäftsordnungsantrag, wonach der Ausschuss selbst über die Frage der ordnungsgemäßen Ladung entscheiden sollte, von der Vorsitzenden nicht einmal zur Abstimmung zugelassen wurde.

Mit diesem Vorgehen hat die Ausschussvorsitzende bewusst verhindert, dass der Ausschuss über den vorgesehenen Tagesordnungspunkt beraten konnte. Damit wurde nicht nur das Mitwirkungsrecht der Ausschussmitglieder missachtet, sondern auch die demokratische Entscheidungsfindung gezielt unterbunden.

Die Mehrheitsgruppe sieht hierin kein bloßes Verfahrensversehen, sondern einen gravierenden Eingriff in die Arbeit des Gremiums. Der Verdacht erhärtet sich, dass politisch unliebsame Themen durch formale Vorwände von der Beratung und Abstimmung ferngehalten werden sollen. Ein solches Verhalten ist mit einer neutralen und verantwortungsvollen Sitzungsleitung nicht vereinbar.

Demokratische Gremienarbeit lebt von Transparenz, Fairness und der Bereitschaft zur politischen Auseinandersetzung. Wer Diskussionen verhindert, beschädigt das Vertrauen in die kommunale Selbstverwaltung. Die Mehrheitsgruppe erwartet, dass sich ein derartiger Vorgang nicht wiederholt und dass künftig die Rechte der Ausschüsse uneingeschränkt gewahrt bleiben.

**gez. Werner Preissner**  
Fraktionsvorsitzender SPD

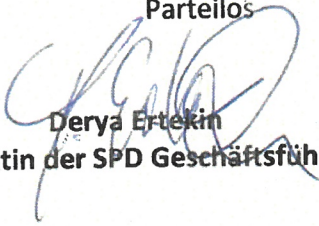
**gez. Holger Schröter-Mallohn**  
Fraktionsvorsitzender  
Bündnis90/Die Grünen

**gez. Iris Siekiera**  
Gruppensprecherin  
Sozialausschuss

**gez. Hamun Hirbod**  
Die PARTEI

**gez. Georgios Konstantopoulos**  
Parteilos

**gez. Dirk Warneke**  
GUT für Sarstedt

  
**Derya Ertekin**  
Assistentin der SPD Geschäftsführung



# HILDESHEIMER LAND

## LAND IN SICHT



Von Renate Klink

## Warnung vor Love-Scamming

Noch nie hat jemand sie täglich angerufen, bloß um noch mal schnell zärtlich „Gute Nacht“ zu wünschen. Jeden Abend. Was sich wie eine Liebesgeschichte anhört, bekommt im Nachhinein eine ganz andere Seite. Die Frau kennt ihre Beziehung nur aus dem Internet. Persönlich hat sie den Mann noch nie gesehen. Und doch hat sie ihm ihr Vertrauen geschenkt – und fast ihr gesamtes Vermögen. Was sich so unrealistisch anfühlt, ist inzwischen so häufig, dass die Polizei jetzt eindringlich warnt: Love-Scamming.

Das kann mir doch nicht passieren, so entgegen viele Wirklich? Mit dieser Betrugsmasche werden die unterschiedlichsten Menschen – Männer wie Frauen – konfrontiert, verdeutlicht eine Polizeibeamtin. Zurück bleibt nicht nur der finanzielle Schaden, sondern auch die seelische Verletzung, von jemandem so brutal ausgenutzt worden zu sein. Auch in Stadt und Kreis Hildesheim gibt es Betroffene, wenn auch längst nicht alle Anzeigen erstatten wollen. Die Polizei hat hilfreiche Tipps zusammengestellt, wie man sich schützen kann, um nicht Opfer zu werden.

## Hallengebühren: Geld besser investieren

Kreissportbund stützt Vorstoß, die Vereine zu entlasten

Von Ulrike Kohrs

**Alfeld/Kreis Hildesheim.** Der Landkreis nimmt für die Nutzung seiner Sporthallen von den Sportvereinen Hallennutzungsgebühren. Seit Jahren schon klagen viele der Vereine über die finanzielle Belastung. Bei der Bürgermeistertagung in Hohegeß hatte Landrat Bernd Lynack (SPD) erklärt, er wolle sich dafür einsetzen, die Gebühren abzuschaffen. Mehrere Kommunen, darunter auch Alfeld, könnten das allerdings vor Probleme stellen. Jetzt äußert sich Frank Wodack, Vorsitzender des Kreissportbundes, zu dem Vorschlag von Lynack.

„Der organisierte Sport unterstützt den Vorstoß des Landrates, die Hallennutzungsgebühren für die landkreiseigenen Hallen künftig weglassen zu lassen“, so Wodack. Derzeit nimmt der Landkreis Hildesheim jährlich rund 207.000 Euro durch die Gebühren ein. Der jeweils freierwerdende Betrag könnte bei allen betroffenen Sportvereinen unter anderem sehr gut im Bereich der Jugendarbeit genutzt und investiert werden. „Damit würde der Landkreis den organisierten Sport vielfältig und vor allem bedarfsgerecht unterstützen können“, ist sich Wodack sicher.

Es gelte aber auch, die prekäre Finanzlage des Landkreises und der Kommunen im Kreis Hildesheim zu bedenken. Da es sich um einen Bereich der freiwilligen Leistungen handelt, müsste eine Streichung der Nutzungsgebühren sicherlich auch im Bedarfsfall mit der Kommunalaufsicht abgesprochen werden. Das hält Alfelds Finanzdezernent Thorsten Laugwitz für problematisch. Die Stadt bezuschusst die Vereine bei den Nutzungsgebühren für die Kreishallen, erhebt damit für die städtischen und die kreiseigenen Hallen die gleichen Gebühren. Würden die Kreisgebühren weglassen, müsste Alfeld auch über seine eigenen Gebühren nachdenken. Angesichts der prekären Haushaltslage könnte das aber bei der Kommunalaufsicht durchfallen.

Wodack bleibt dennoch pro Streichung. „Der organisierte Sport verfügt über eine herausragende gesellschaftliche Gestaltungskraft. Gerade im Bereich der Jugendarbeit leisten unsere Vereine mit einer Vielzahl von ehrenamtlichen Kräften eine herausragende Performance, die letztendlich zum Wohl unserer Kinder und Jugendlichen dient.“ Der Wegfall der Nutzungsgebühren würde daher zu einer Entlastung und zugleich Stärkung des organisierten Sportes führen.

Lynack will den Vorschlag der Streichung nun dem Kreistag vorschlagen. Die Politik wird dann entscheiden.



Sobald es das Wetter zulässt, sollen auf diesem Areal bei Bockenem die Erdarbeiten beginnen.

FOTO: MICHAEL VOLLMER

## Bauarbeiten für Autohof bei Bockenem können beginnen

Förderbescheid für Großprojekt in Bockenem liegt nach längerem Warten vor – nun steht der Verwirklichung der Pläne an der A7 nichts mehr im Weg.

Von Michael Vollmer

**Bockenem.** Die letzte Hürde ist ausgeräumt, nun kann der Bau des neuen Autohofes an der Autobahn-Anschlussstelle in Bockenem beginnen. Die Nanz-Gruppe aus Stuttgart hatte lange auf den Förderbescheid für 104 neue Lastwagen-Stellplätze gewartet. Jetzt gibt es gute Nachrichten vom Investor zum geplanten Millionenprojekt an der A7: „Der Förderbescheid ist eingegangen“, berichtet der Projektleiter Autohöfe, Thorsten Neumann, auf Anfrage dieser Zeitung. Für die Wirtschaftlichkeit sei es nötig gewesen, die in Aussicht gestellten Fördermittel tatsächlich zu erhalten. „Wir konnten ohne die Zusage nicht beginnen“, sagt Neumann. „Bei einem vorzeitigen Start hätten wir als Konsequenz keinen Euro erhalten.“ Dabei ging es um einen Betrag in siebenstelliger Höhe.

Die ersten Bauarbeiten zur Erschließung des Areals sollen nun so bald wie möglich beginnen. „Das

hängt natürlich auch vom Wetter ab“, betont Neumann. Er kann sich gut vorstellen, dass die Bagger im März anrollen. Errechnet mit der Eröffnung des Autohofes Ende 2027 oder im Frühjahr 2028.

Mitte 2023 nahmen die Investoren den ersten Autohof dieser Art an der A7 in Evendorf in Betrieb. Nach eigener Darstellung ist es eine der modernsten Rastanlagen in Europa. Der künftige Break-Autohof im Ambergau steht als Projekt Nummer zwei auf der Liste. „Wir haben für Bockenem das Konzept noch einmal überarbeitet und Fehler, die in Evendorf gemacht wurden, in den neuen Plänen beseitigt“, hatte Neumann bereits vor einiger Zeit mitgeteilt. Mit den großzügig dimensionierten Anlagen will die Nanz-Gruppe neue Akzente für die Besucherinnen und Besucher setzen – ob es nun um Burger und Co. oder eine große Auswahl an Speisen im Familienrestaurant geht.

Die Nanz-Gruppe schließt mit zwei Partnern Verträge ab: mit dem

104

**Lastwagen-Stellplätze** mit viel Drumherum sind in Bockenem geplant. Dort sollen 60 bis 80 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Betreiber des Autohofes und mit der Hotelkette Holiday Inn Express, die wie in der Nordheide Reisenden eine Übernachtungsmöglichkeit in einem von insgesamt 60 Zimmern anbietet.

Eine Spielhalle wird es entgegen früherer Überlegungen nicht geben. In dem dafür vorgesehenen Bereich entsteht eine Truck-Lounge, in der sich die Fernfahrer aufhalten können.

Die Nanz-Gruppe investiert in das gesamte Vorhaben eine zweistellige Millionensumme im mittleren Bereich. Etwa 60 bis 80 Arbeitsplätze entstehen rund um den Autohof. Fernfahrer haben die Möglichkeit, ihren Lastwagen auf einem durch einen Wall und einen Zaun gesicherten Bereich abzustellen. Für Autos stehen 94 Parkplätze bereit. Diverse Ladesäulen für E-Fahrzeuge fehlen auf dem Gelände ebenfalls nicht. Eine Drive-in-Spur sorgt dafür, dass niemand das Fahrzeug verlassen muss, um seine Fast-Food-Bestellung aufzugeben.

## Naturschutz: Zwei neue Beauftragte

**Kreis Hildesheim.** Der Landkreis Hildesheim hat zwei neue Beauftragte für Naturschutz und Landschaftspflege bestellt: Franziska Ernst und Hans-Heinrich Grefe übernehmen diese Aufgabe ehrenamtlich für die Dauer von fünf Jahren. Beide hatten sich nach einem Aufruf beworben. Sie sind nicht bei der Kreisverwaltung beschäftigt und erfüllen damit die gesetzlichen Voraussetzungen für das Ehrenamt.

Die Beauftragten beraten und unterstützen die Untere Naturschutzbehörde des Landkreises Hildesheim in allen Fragen des Naturschutzes und der Landschaftspflege. Sie sollen unabhängige Mittler zwischen Verwaltung, Verbänden und Öffentlichkeit sein, das Verständnis für Naturschutzbelange fördern und auch Bürgerinnen und Bürgern als Ansprechpersonen zur Verfügung stehen. Dabei sind sie nicht weisungsgebunden. Ernst und Grefe sind per E-Mail an [naturschutzbeauftragte@landkreis-hildesheim.de](mailto:naturschutzbeauftragte@landkreis-hildesheim.de) erreichbar. tw

## Übersicht zu Betreuung in Ferien

**Kreis Hildesheim.** Für berufstätige Eltern ist eine verlässliche Kinderbetreuung in Ferienzeiten oft eine große Herausforderung – besonders für Alleinerziehende. Um ihnen einen Überblick über Betreuungsmöglichkeiten in den Ferien zu geben, hat die Gleichstellungsstelle des Landkreises Hildesheim Halbtags- und Ganztagsangebote sowie Wochenfreizeiten verschiedener regionaler Anbieterinnen und Anbieter online unter [www.unser-ferienprogramm.de/landkreishildesheim](http://www.unser-ferienprogramm.de/landkreishildesheim) zusammengestellt.

Sie richten sich an Kinder ab sechs Jahren; in den Sommerferien gibt es außerdem ein Betreuungsangebot für Kinder im Alter von zwei bis fünf Jahren.

Bei Fragen rund um das Ferienprogramm ist die Gleichstellungsstelle des Landkreises Hildesheim unter der Telefonnummer 051 21 / 309-3931 oder per E-Mail an die Adresse [gleichstellung@landkreishildesheim.de](mailto:gleichstellung@landkreishildesheim.de) zu erreichen. tw

## Dauer-Thema Rettungsdienst: Eklat im Fachausschuss des Kreistages

Zwei Ausschüsse sollten sich erneut mit Aspekten rund um den Rettungsdienst befassen – doch dazu kommt es wegen Bedenken bezüglich der Ladungsfrist nicht wie geplant. Schließlich verlässt die Mehrheitsgruppe den Sitzungssaal.

Von Thomas Wedig

**Kreis Hildesheim.** Das umstrittene Thema Rettungsdienst stand am Donnerstag erneut auf der Tagesordnung eines Kreistags-Fachausschusses: Der Ausschuss für Verkehrssicherheit, Verbraucher- und Bevölkerungsschutz sollte sich mit der geplanten Einführung einer Ersthelfer-App beschäftigen. Die hat wie berichtet das Ziel, dass qualifizierte Ersthelfer und Ersthelferinnen in Notfällen durch rechtzeitige Reanimation die kritische Zeit bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes überbrücken. Doch die Sitzung fand nicht wie geplant und nur in eingeschränktem Rahmen statt. Denn: Alle Ausschussmitglieder der rot-grün geführten Mehrheitsgruppe verließen empört den Sitzungssaal im Kreishauses, das Gremium war dadurch nicht mehr beschlussfähig.

Die Ursache für die Empörung lag in einer vorangegangenen gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuss für Jugend, Soziales und Gesundheit. Beide Ausschüsse sollten sich mit der Ausschreibung des Rettungsdienstes für die Zeit ab dem 1. Juli befassen. Details rund um solche Ausschreibungen werden grundsätzlich in nicht öffentlichen Sitzungen besprochen. Doch dazu kam es offenbar gar nicht.

### Vertraulichkeit: Beteiligte halten sich bedeckt

Da die Beteiligten sich wegen der Vertraulichkeit der Sitzung bedeckt halten müssen, sagt niemand offiziell etwas dazu. Offenbar hat sich das Ganze aber so abgespielt, dass die Einladung zu der Sitzung der beiden Ausschüsse rechtzeitig erfolgte. Das geschieht neben den entsprechen-

den Mitteilungen im Internet auch noch parallel auf dem klassischen Postweg. Und auf dem wurden die Unterlagen anscheinend nicht fristgerecht zugestellt. Das Ergebnis: Die gemeinsame nicht öffentliche Sitzung der beiden Fachausschüsse fiel flach.

Unmittelbar am Anschluss wollte Katy Renner-Köhne (CDU) als Vorsitzende des Ausschusses für Verkehrssicherheit, Verbraucher- und Bevölkerungsschutz dessen öffentliche Sitzung eröffnen. Doch da spielte die Mehrheitsgruppe nicht mit. Da die Einladung parallel zur nicht öffentlichen Sitzung mit dem anderen Ausschuss erfolgt sei, müssten die Bedenken auch für die folgende Sitzung gelten, meinten Gruppenmitglieder bei ihrem Auszug. Die Vorsitzende könne nun für einen der beiden Ausschüsse nicht einfach die ordnungsgemäße Ladung feststellen.

Was nun? Renner-Köhne zog die Sitzung dann durch, obwohl der Ausschuss nicht mehr beschlussfähig war – unter anderem, um mehreren Zuhörern aus den Reihen verschiedener Hilfsorganisationen die Gelegenheit zu geben, ihre Fragen rund um die Ersthelfer-App in der Einwohnerfragestunde loszuwerden.

### Ersthelfer-App: Nötige Qualifikation noch unklar

Unklar ist zurzeit noch, welche Qualifikation Ersthelfer und Ersthelferinnen mitbringen müssen, um sich über eine solche App zu registrieren und in Notfällen alarmiert zu werden. Einwohner Marvin Bellgardt, der im Rettungsdienst tätig ist, appellierte, beim Festlegen der Kriterien die Hilfsorganisationen mit ins Boot zu holen. Sie hätten schon Erfahrung mit dem Thema. Ein DRK-

Mitglied warb dafür, die Schwelle für die Qualifikation möglichst niedrig anzusetzen – um viele Freiwillige zu gewinnen.

Wie berichtet, ist für die Einführung einer Ersthelfer-App nach Einschätzung der Kreisverwaltung wegen der geschätzten Gesamtkosten von rund 40.000 Euro eine Ausschreibung nötig – bei einer solchen Summe kann der Landkreis nicht einfach ein Unternehmen aus einer Reihe verschiedener Anbieter beauftragen. Im laufenden Haushaltsjahr stehen noch keine Mittel zur Verfügung. Die Erste Kreisrätin Evelin Wißmann hofft als zuständige Dezernentin auf Fördermittel aus dem sogenannten Digitalpakt. Josef Stuke (Unabhängige) regte an, Mittel wegen der Dringlichkeit des Themas möglichst noch in diesem Jahr über einen wohl ohnehin nötigen Nachtragshaushalt anzusetzen.



# HILDESHEIMER LAND

## LAND IN SICHT



Von Alexander Rath

## Wärmestuben für die Seele

Zu Hause allein sein – und dann nur für sich ein Essen kochen. Selbst wenn es gut gelingt, wie schön wäre es doch, dieses zu zweit zu genießen. Und: Manche haben zu wenig Geld, um sich regelmäßig etwas Gutes aufzutischen. Darum ist es wertvoll, dass es im Hildesheimer Land soziale Mittagstische gibt. Ein gemeinsames Essen hilft dort gegen seelische Leere. Die Menschen rücken an den Mittagstischen zusammen – das ist gerade jetzt im Winter, wenn um 17 Uhr schon finstere Dunkelheit herrscht, ein Lichtblick und etwas Balsam für die Seele. Und vielleicht entstehen an diesen Treffpunkten Freundschaften – oder manche knüpfen dort sogar zarte Bande. Wer weiß, möglicherweise sitzen sie dann einmal zu Hause, bekochen sich – und ja, Liebe geht durch den Magen. Jedenfalls sind die Angebote in der Region vorbildlich. Meine Kollegin Ulrike Kohrs berichtet über die Einzelheiten. Neugierig, wo das Ganze organisiert wird und was dort alles zubereitet wird? Bitte umblättern.

## Baustart für Südlink bei Elze – mit B1-Querung

Arbeiten beginnen an der Landkreisgrenze



Bei Einbeck sind die ersten Gräben für den Südlink bereits ausgehoben. FOTO: TRANSENBW

Von Tarek Abu Ajamieh

**Elze.** Der Bau der Stromtrasse Südlink im Hildesheimer Kreisgebiet nimmt immer mehr Fahrt auf. Nachdem schon im alten Jahr erste Vorbereitungen im Kültal zwischen Eime, Marienhagen und Deinsen zu sehen waren, hat Netzbetreiber TransnetBW jetzt die ersten Erdarbeiten an der westlichen Kreisgrenze bei Elze angekündigt.

Konkret plant das Unternehmen, mit den Arbeiten am offenen Graben direkt an der Grenze zur Region Hannover nordwestlich des Elzer Ortsteils Wittenburg zu beginnen. Südlich davon sollen die bereits gestarteten archaischen Voruntersuchungen weitergehen. Voraussichtlich im Februar will TransnetBW dann mit dem Bau der Unterquerung für die Stromtrasse unter der Bundesstraße 1 zwischen Elze und Mehle starten.

Bevor die Arbeiten am eigentlichen Graben für die Stromtrasse beginnen, müssen Bauarbeiter Baustellenzufahrten sowie Flächen für Geräte und Material herrichten, teilt TransnetBW weiter mit. Danach werden die Leerrohre verlegt, in die zu einem späteren Zeitpunkt die Stromkabel gezogen werden. Teilweise werden die Rohre im ausgehagerten Graben verlegt, teilweise gelangen sie durch horizontale Bohrungen – etwa unter Straßen, Wegen oder Bächen – an ihren Platz.

„Alle betroffenen Eigentümer bekommen ein Ankündigungsschreiben, bevor ein Flurstück von uns in Anspruch genommen wird“, versichert Stefan Legge, Projektsprecher bei TransnetBW. Zudem seien Ortstermine mit Eigentümern und Nutzern der Flächen geplant: „Der Zustand der Fläche vor Baubeginn wird dokumentiert, damit sie später in den gleichen Zustand zurückgebaut werden kann.“

Der Südlink soll im Jahr 2028 in Betrieb gehen und Strom in großen Mengen von Nord nach Süddeutschland transportieren.

## Landkreis verlängert Mietverträge mit Großunterkünften für Geflüchtete

Aktuell ist die vorgegebene Aufnahmequote für die Zeit bis März schon erfüllt. Das Land Niedersachsen nennt im April das neue Kontingent für die einzelnen Kreise.

Von Milan Bauseniek

**Alfeld/Kreis Hildesheim.** Alle halbe Jahre verteilt das Land Niedersachsen eine neue Quote für Geflüchtete, die in den einzelnen Landkreisen unterkommen sollen. Für den Kreis Hildesheim bedeutete das im vergangenen Oktober, dass er 394 weiteren Menschen Unterkünfte bereitstellen muss – und das bis Ende März.

Wie Kreispressesprecherin Lena Kubat auf Anfrage der Redaktion vermeldet, sei das aber bereits gelungen: „Die aktuelle Zuweisungsquote ist erfüllt.“ Es sind sogar noch einige Plätze frei – bei weichen Kapazitäten. Bei zwei Unterkünften hat der Kreis jetzt zudem den Mietvertrag verlängert.

Insgesamt 491 Geflüchtete leben aktuell in den sechs Großunterkünften, die der Landkreis betreibt – diese verteilen sich auf die Kommunen Alfeld, Algermissen, Sarstedt, Lamspringe sowie die Samtgemeinde Leinebergland. Zwei Unterkünfte sind laut Kubat derzeit vollständig belegt: das Hotel Aris in Sarstedt mit 58 Personen sowie das Alfelder Hotel am Schleiberg mit 65 Personen.

In allen weiteren Unterkünften seien dagegen noch Plätze frei. In dem Tagungshotel Messehof in Ummeln, das 200 Menschen Platz gewährt, lebten derzeit 184. In der einstigen Realschule in Lamspringe seien 84 von 105 Plätzen belegt und im Hotel zur Eule in Alfeld lebten 18 Personen – dort seien noch zwei Plätze frei. Und in der Fitness-Insel in Gronau seien 82 Menschen untergebracht. Die Räume böten aber insgesamt Platz für 95.

Vor einem Dreivierteljahr lebten noch weniger Geflüchtete in den Großunterkünften, Ende März



Knapp 400 weitere Geflüchtete sind seit Oktober im Kreis Hildesheim untergekommen. Der Landkreis meldet noch einige freie Plätze in seinen Großunterkünften und verlängert die Mietverträge in Alfeld und Gronau. FOTO: JULIAN STRATENSCHULTE/DPA (SYMBOLBILD)

2025 sprach Landrat Bernd Lynack (SPD) von 431 Menschen. Allerdings hatte der Kreis damals noch deutlich mehr offene Kapazitäten, die er bis September abbaute – 117 Plätze fielen so in Ahribergen, Bockenem und Lamspringe weg. Der Kreis hatte die Mietverträge in den dortigen Unterkünften nicht verlängert, da er von einer sinkenden Anzahl an schutzsuchenden Menschen ausging. Tatsächlich kann im Januar trotz der geringeren Gesamtzahl an Unterkunftsplätzen

„Die aktuelle Zuweisungsquote ist erfüllt.“

Lena Kubat  
Sprecherin des  
Landkreises Hildesheim

keine Rede von einer Vollbelegung sein.

Sich von weiteren Unterkünften zu trennen plane der Kreis aktuell aber nicht – stattdessen hat er jüngst die Verträge mit der Gronauer Fitness-Insel und dem Alfelder Hotel am Schleiberg erneut um jeweils ein Jahr verlängert. Zudem stünde der Kreis weiterhin im Kontakt mit den Betreibern der ehemaligen Unterkünfte, deren Verträge im vergangenen Jahr nicht verlängert wurden. So hält er

sich laut Kubat die Option offen, im Notfall kurzfristig neue Plätze zu schaffen: „Falls erforderlich.“ Ob das im Jahr 2026 tatsächlich erforderlich wird, wagt der Kreis aktuell noch nicht zu sagen – die neue Quote des Landes komme erst Anfang April. „Das Land Niedersachsen hat hierzu bisher keine schriftliche Aussage getroffen“, sagt Kubat, „daher kann der Landkreis keine Prognose zur Entwicklung der Geflüchteten Zahlen abgeben.“

## Rot-Grün wirft CDU-Kreistagsmitglied politische Blockade als neutrale Ausschuss-Vorsitzende vor

CDU-Fraktion kontert und spricht ihrerseits von einer „völlig irrigen“ Auffassung der Mehrheitsgruppe

Von Thomas Wedig

**Kreis Hildesheim.** Die vor einigen Tagen abgebrochene Ausschusssitzung des Hildesheimer Kreistages hat ein politisches Schauspiel. Wie berichtet, ging es um eine gemeinsame Sitzung von zwei Fachausschüssen, die über die anstehende Ausschreibung des Rettungsdienstes für die Jahre bis 2029 beraten und abstimmen sollten – nicht öffentlich, wie bei solchen Vergabeverfahren üblich. Katy Renner-Köhne (CDU) stellte als Vorsitzende fest, dass die Einladung nicht fristgerecht erfolgt sei, weil noch Unterlagen fehlten.

Die Sitzung wurde also abgebrochen, die folgende öffentliche Versammlung eines der beiden Ausschüsse zu einem anderen Thema sollte aber stattfinden. Die Vertreter und Vertreterinnen der rot-grünen Mehrheitsgruppe verließen daraufhin aus Protest den Sitzungssaal.

Nun greift die Gruppe, gebildet aus SPD, Grünen, die PARTEI, GUT für Sarstedt und Georgios Konstantopoulos (parteilos), den Vorfall noch einmal in einer Pressemitteilung auf. In der wirft sie Renner-Köhne vor, bewusst verhindert zu haben, dass der Ausschuss über das angesetzte Thema beraten konnte. Die Mehrheitsgruppe verurteilt das Vorgehen der Vorsitzenden, „auf



Katy Renner-Köhne leitete die umstrittene Sitzung als Vorsitzende. FOTO: CHRIS GOSMANN (ARCHIV)

das Scharfste“, wirft ihr politische Blockade vor. Die Einladung sei ordnungsgemäß und rechtzeitig erfolgt, betont die Gruppe. Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen worden, dass noch Vorlagen nachgereicht wurden. Das sei zu spät und üblich, das Gremium habe einen Antrag, das Gremium über die Rechtmäßigkeit der Ladung entscheiden zu lassen, außerdem nicht zur Abstimmung zugelassen, kritisierten Werner Preissner (SPD), Holger Schröter-Mallohn (Grüne) und die übrigen Sprecher der Gruppe. „Damit wurde nicht nur das Mitwirkungsrecht der Ausschussmitglieder missachtet, sondern auch die demokratische Entscheidungsfindung gezielt unterbun-

den“, heißt es in der Pressemitteilung. Das Verhalten der Vorsitzenden sei „kein bloßes Verfahrensverschönern, sondern ein gravierender Eingriff in die Arbeit des Gremiums“.

Die CDU-Fraktion reagiert mit einer eigenen Pressemitteilung auf die Vorwürfe gegen Renner-Köhne, die stellvertretende Vorsitzende der Fraktion ist. Die CDU verweist auf ein Urteil des Verwaltungsgerichtshofes Baden-Württemberg. Nach dem ist für die Frage, ob alle Sitzungsunterlagen rechtzeitig vor der Sitzung vorliegen müssen, die Bedeutung und Schwierigkeit des jeweiligen Beratungsgegenstandes entscheidend. In diesem Fall hätte die Vorlage der Verwaltung allen Ausschussmitgliedern auch per Post rechtzeitig zugestellt werden können – und müssen, meinen die Christdemokraten. Die ordnungsgemäße Ladung festzustellen, sei allein Sache der Vorsitzenden gewesen. Sie habe auch keine andere Möglichkeit gehabt. Sonst wären auch die Beschlüsse rechtskräftig gewesen, die das Gremium gefasst hätte. Die von SPD und Grünen vertretene Auffassung, „die jeweilige Mehrheit könne durch Abstimmung entscheiden, ob ordnungsgemäß eingeladen wurde oder nicht“, sei „völlig irrig“.

Nach Überzeugung der rot-grünen Mehrheitsgruppe ist in-

dessen in der nicht öffentlichen Sitzung alles mit rechten Dingen zugegangen. „Der Verdacht erhärtet sich, dass politisch unliebsame Themen durch formale Vorwände von der Beratung ferngehalten werden sollen“, heißt es in ihrer Erklärung. Die CDU bekräftigt auf der anderen Seite ihre Einschätzung, dass die Aus-

schreibung des Rettungsdienstes auf der Grundlage des umstrittenen neuen Bedarfsplanes an sich rechtswidrig sei. Denn der Plan könne nicht gewährleisten, dass der Rettungsdienst überall im Kreisgebiet die vorgeschriebenen Hilfsfristen einhalte. Eine Klärung durch das zuständige Ministerium stehe noch aus.

## KOMMENTAR

## Neue Eskalationsstufe



Von Thomas Wedig

Die Vorsitzenden der Fachausschüsse des Hildesheimer Kreistages, egal welcher Partei, achten in der Regel streng auf Neutralität. Der Vorwurf, eine Vorsitzende nutze ihr Amt für eine politische Blockade, wiegt schwer und ist in der Kreispolitik der vergangenen Jahre ein Novum. Inwieweit er berechtigt ist, lässt sich nicht

komplett klären, weil es sich um eine nicht öffentliche, vertrauliche Sitzung handelte, aus der eigentlich niemand etwas berichten darf. Unabhängig von der inhaltlichen Bewertung zeigen die scharfe Kritik der Mehrheitsgruppe und die Aufregung rund um die Sitzung allerdings eines deutlich: Der monatelange Streit um die neue Organisation des Rettungsdienstes hat eine neue Eskalationsstufe erreicht. Da braucht es höchstwahrscheinlich noch mehr ausgleichende, vermittelnde und vereinernde Neutralität auf allen beteiligten Ebenen – damit das sensible Thema nicht noch weiter überschattet wird.